



Kassel, 31. März 2023 | Ausgabe Nr. 126

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

mit großer Mehrheit haben wir in der letzten Sitzungswoche die Wahlrechtsreform verabschiedet. Diese längst überfällige Reform wird das weitere Anwachsen des Bundestages verhindern. Das zeigt: Die Ampel ist reformbereit, auch wenn es uns selbst betrifft und in Teilen auch schmerzt. Wir stellen das große Ganze über unsere Eigeninteressen. Vor allem am Widerstand der CDU/CSU scheiterte in dieser wie in den letzten Legislaturperioden jeder Versuch, eine Reform auf den Weg zu bringen – eine Reform, die sie wie jede andere Partei auch betreffen würde. Immer gesprächsbereit und offen, mussten wir leider am Ende erkennen, dass CDU/CSU nur dann Reformen mittragen, wenn sie davon übermäßig profitieren. Wir legen ab der nächsten Bundestagswahl eine feste Größe von 630 Abgeordneten fest, stärken unser Verhältniswahlrecht, behalten aber gleichzeitig 299 Wahlkreise und das wichtige Element der Repräsentanz bei.

Koalitionsausschuss

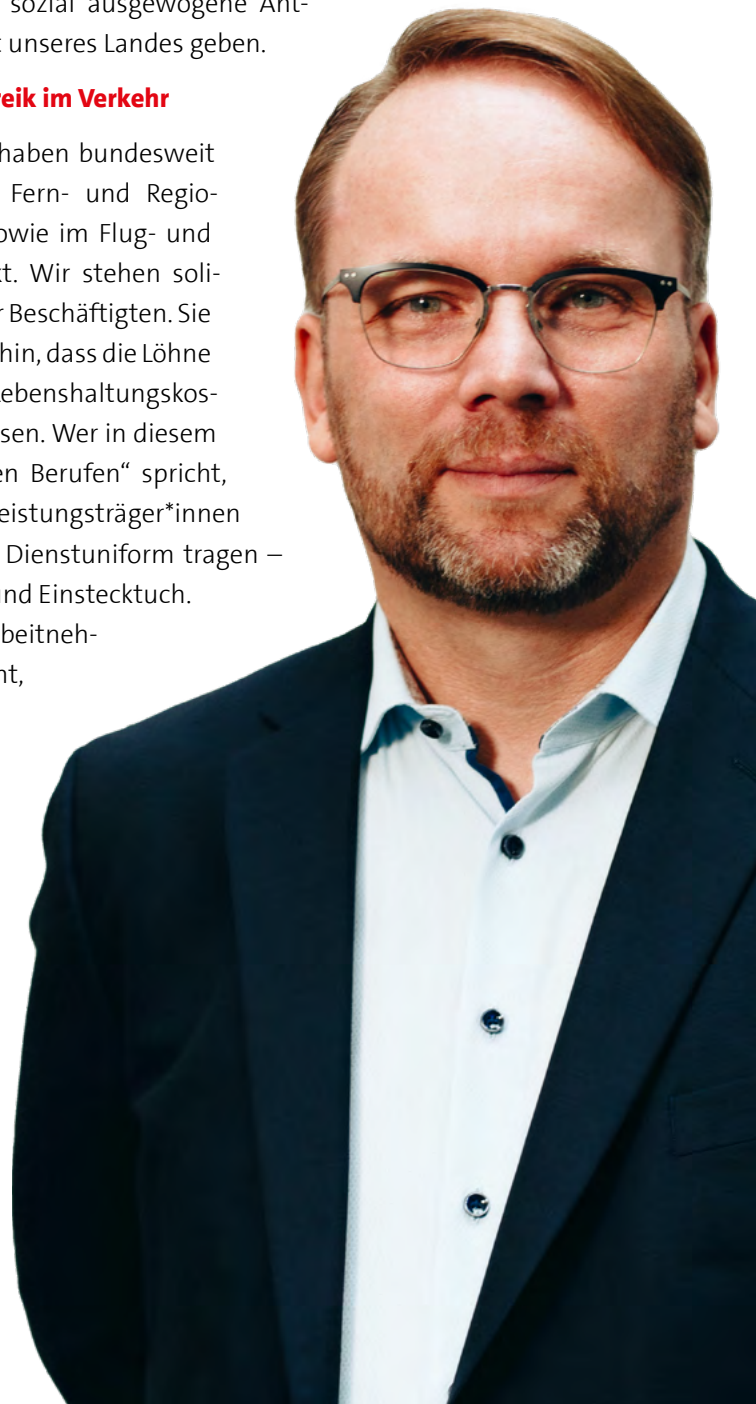
Im Koalitionsausschuss sprechen wir mit Grünen und FDP über große Zukunftsthemen – auch über Themen, die in der großen Koalition am Widerstand unseres damaligen Koalitionspartners gescheitert sind. Dass diese Diskussionen mitunter länger dauern,

ist verständlich. Es ist eine große Herausforderung, drei Parteien mit unterschiedlichen Perspektiven zusammenzubringen – es ist aber auch eine große Herausforderung, alle sozialen Gruppen in unserer Gesellschaft mitzunehmen. Wir werden konkrete und sozial ausgewogene Antworten für die Zukunft unseres Landes geben.

Bundesweiter Warnstreik im Verkehr

Anfang dieser Woche haben bundesweit Beschäftigte etwa in Fern- und Regionalzügen, S-Bahnen sowie im Flug- und Schiffsverkehr gestreikt. Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten. Sie weisen zurecht darauf hin, dass die Löhne mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten müssen. Wer in diesem Kontext von „einfachen Berufen“ spricht, verkennet, dass viele Leistungsträger*innen Kittel, Blauermann oder Dienstuniform tragen – und nicht nur Schlips und Einstecktuch. Für uns hat jede*r Arbeitnehmer*in Respekt verdient, egal in welchem Beruf – dafür kämpfen wir als Sozialdemokrat*innen.

Euer





Fachkräftemangel

Neue Fachkräfte braucht das Land!

Deutschland braucht viele und gut qualifizierte Fachkräfte. Nur so können wir Wohlstand für alle sichern. Nur so werden auch unsere sozialen Sicherungssysteme nachhaltig funktionieren.

Damit unsere Wirtschaftsleistung durch den Fachkräftemangel nicht weiter ausgebremst wird, müssen wir alle Potenziale im In- und im Ausland heben. Wir müssen kluge Köpfe und helfende Hände aus aller Welt für uns gewinnen. Gleichzeitig müssen wir junge Menschen stärker dabei unterstützen, eine Ausbildung zu machen. Und den Beschäftigten notwendige Weiterbildungen in einer sich wandelnden Arbeitswelt ermöglichen.

Für uns ist klar: Fachkräfteeinwanderung und Weiterbildung gehören untrennbar zusammen. Deswegen legte das Kabinett in dieser Woche die Entwürfe für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz und für ein erstes Weiterbildungsge-
setz vor.

Mehr internationale Fach- und Arbeitskräfte gewinnen

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz legte die Bundesregierung in dieser Woche eines der modernsten Einwande-

rungsmodelle weltweit vor. Damit eröffnen wir Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union künftig wesentlich mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten.

Sind Arbeitgebende tarifgebunden oder halten eine Gehaltsschwelle ein, braucht es bei nicht-reglementierten Berufen keine formale Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses mehr, wenn Fachkräfte dafür über ausgeprägte berufspraktische Erfahrungen verfügen.

Über eine Anerkennungspartnerschaft zwischen Arbeitgebenden und Beschäftigten kann zudem das Anerkennungsverfahren nach Einreise in Deutschland eingeleitet werden und die Beschäftigung zeitgleich aufgenommen werden. Mit der Chancenkarte und dem flankierenden Punktesystem eröffnen wir neue Möglichkeiten zur Arbeitsplatzsuche in Deutschland. Darüber hinaus bauen wir bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung eines Visums.



Mehr reinholen!

Wer sich qualifizieren will, wird besser gefördert.

Mehr rausholen!

Wer qualifiziert ist, kann einfacher einwandern.



Energiepreisbremsen

Verbraucher*innen und Unternehmen zügig entlasten

Seit März 2023 gelten die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme, die Verbraucher*innen und Unternehmen vor zu hohen Energiekosten schützen. Bevor Entlastungen für die Endverbraucher*innen auf den Weg gebracht werden, müssen zahlreiche Prüfungen durchgeführt werden – unter anderem werden die Einhaltung von beihilferechtlichen Auflagen wie Entlastungshöchstgrenzen, die Überwachung der ordnungsgemäßen Abwicklung von Entlastungen, die hinreichende Erfüllung der Arbeitserhaltungspflicht oder mögliche Rückforderungen von zu viel gewährten Entlastungen geprüft.

Bisher werden diese Prüfungen von staatlichen Behörden übernommen. Angesichts der neuartigen, umfangreichen und komplexen Aufgaben kommen künftig auch juristische Personen des Privatrechts als Prüfbehörde infrage. Das sieht unser Koalitions-Gesetzentwurf zur Änderung des Strompreisbremsegesetzes (StromPBG) sowie des Erdgas-Wärme-Preisbremsegesetzes vor, die wir in dieser Woche abschließend im Bundestag beraten.

Hierdurch kann stärker auf externen Sachverstand zurückgegriffen werden und Verbraucher*innen und Unternehmen werden schneller und unkomplizierter entlastet. Die sogenannte Beleihung der Prüfbefugnis auf einen privaten

Akteur erfolgt durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und kann jederzeit ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Die Aufsicht liegt beim BMWK oder einer ihm nachgeordneten Behörde.

Konkretisiert werden überdies die Regelungen im StromPBG zur Abschöpfung von Übergewinnerlösen. Künftig können auch Absicherungsgeschäfte außerhalb der Energiebörse European Energy Exchange AG (EEX) in Leipzig gemeldet und bei der Ermittlung der Erlöse berücksichtigt werden, sofern ihre Wirkung einem Absicherungsgeschäft an der EEX entspricht. Diese Regelung schafft Rechtsklarheit.



Meine Rede im Bundestag

... zum Thema Ausbau von Solarenergie
in Deutschland.





Ergebnisse des Koalitionsausschusses

Wir modernisieren Deutschland!

Schienen ausbauen, Wind- und Solaranlagen genehmigen, marode Brücken sanieren oder Staufallen beseitigen - das hat bisher noch viel zu lange gedauert. Wir drücken aufs Tempo!

Mehr fürs Klima!

Mehr Flächen für Wind- und Solarkraft sowie Naturschutz.

Mehr Gerechtigkeit beim Heizungstausch.

Mehr Geld für die Schiene durch CO₂-Aufschlag auf LKW-Maut.

Mehr E-Mobilität durch schnelleren Ladesäulenausbau.

Klimaziele

2030

2035

2040

2045

erreichen!

Alle Maßnahmen müssen diesen Zielen dienen.

Unser Ziel

Ein klimaneutrales Deutschland 2045. Deshalb richten wir unsere Maßnahmen konsequent auf das Einhalten der Klimaziele für 2030, 2035, 2040 und 2045 aus.

Sozial gerechte Energiewende

Für Erneuerbare Energien und Naturschutz weisen wir spürbar mehr Flächen aus. Den Austausch alter Heizungen gestalten wir sozial gerecht. Wir führen einen CO₂-Zuschlag auf die LKW-Maut ein. Die Mehreinnahmen nutzen wir, um massiv in die Schiene zu investieren.

E-Mobilität

2030 sollen 15 Millionen vollelektrische Autos in Deutschland zugelassen sein. Wir bauen Ladesäulen schnell und flächendeckend aus.

Das alles und noch viel mehr haben wir gemeinsam in der Ampel beschlossen.

Deutschland, Tempo!

Jetzt wird **beschleunigt!**

Schiene ausbauen.

Wind und Solar genehmigen.

Autobahn-Engpässe beseitigen.



Der 15. Sportbericht der Bundesregierung

Bilanz und Perspektiven für den Sport in Deutschland

Die gesellschaftspolitische Bedeutung von Sport ist unbestritten. Breitensport, wie auch Spitzensport sind für Integration, Bildung, Erziehung, Gesundheitsvorsorge, Inklusion und internationale Verständigung unverzichtbar. Der 15. Sportbericht der Bundesregierung bilanziert die sportpolitische Entwicklung in Deutschland von 2018 bis 2021. Insgesamt 2,3 Milliarden Euro an Bundesmitteln flossen in diesem Zeitraum in die Sportförderung.

Dabei war der betrachtete Zeitraum eine besonders herausfordernde Zeit auch für den Sport. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie hinterließen im Sport deutliche Spuren: Zuschauerverbote, eingeschränkte Trainingsbetriebe, Schließung von Sportanlagen und Einstellung von Sportangeboten im Profi- und Breitensport haben dazu geführt, dass wichtige Strukturen wegfielen und die Zahl der im Sport und im Vereinsleben Aktiven stark zurückgegangen ist. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen hat der Bewegungsmangel dramatisch zugenommen.

Gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen konnten dazu beitragen, dem zu begegnen und eine Welle von Insolvenzen zu verhindern. Mit den Coronahilfen Profisport des Bundes wurden zahlreiche Profisportvereine, -unternehmen und Verbände finanziell unterstützt. Auch der Breitensport soll künftig mit gezielten Hilfen, beispielsweise dem Programm „Restart Germany – Sport bewegt Deutschland“, unterstützt werden.

Weitere Themen des Berichts sind unter anderem die Erfolge der deutschen Sportler*innen bei internationalen Wettbewerben, Athleten- und Projektförderung, die Verbesserung der Dualen Karriere für Spitzensportler*innen mit Behinderung, die Bekämpfung von Doping, Spielmanipulation und sexualisierter Gewalt im Sport, sowie die Umsetzung der Neustrukturierung der Spitzensportförderung.

Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorenthalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:
https://twitter.com/Timon_Gremmels

fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



Reform des europäischen Wahlrechts

Europawahl stärken

Das Europäische Parlament (EP) hat im Mai 2022 einen Vorschlag zur Reform des europäischen Wahlrechts auf den Weg gebracht, mit dem die EU-weite Dimension deutlich gestärkt werden soll. Die umfassenden Reformvorschläge werden nun vom EU-Ministerrat beraten. Für die kommende Europawahl, die in Deutschland am 9. Juni 2024 stattfindet, werden sie noch nicht greifen.



Wir als Koalitionsfraktionen haben uns zu diesem Vorhaben mit einem Antrag positioniert, den wir in dieser Woche berieten. Die Vorschläge des EP begrüßen wir darin ausdrücklich und geben der Bundesregierung zugleich Ziele für die weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene mit. Insbesondere die Einführung eines EU-weiten Wahlkreises mit transnationalen Listen ist ein unabdingbarer Baustein eines zukünftigen europäischen Wahlrechts. Dies und die Einführung des Spitzenkandidat*innenprinzips kann dazu beitragen, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und somit die demokratische Legitimation zu stärken. Wähler*innen könnten sich so direkt für eine*n von den europäischen Parteien vorgeschlagene*n EU-Kommissionspräsident*in entscheiden.

Wir unterstützen auch den Vorschlag, das Wahlalter anzugleichen und europaweit ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen. In Deutschland gilt dies bereits für die nächste Europawahl 2024.

Grafik © Freepik

Aus- und Weiterbildung

Ausbildungsgarantie und Weiterbildungsförderung

Mit dem ersten Weiterbildungsgesetz gehen wir einen großen Schritt in Richtung Weiterbildungsrepublik. Mit der Ausbildungsgarantie führen wir einen Rechtsanspruch auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz ein. Außerdem führen wir ein gefördertes Berufsorientierungspraktikum und einen Mobilitätzuschuss ein, erleichtern die Teilnahme an Einstiegsqualifizierungen und öffnen die außerbetriebliche Berufsausbildung auch für marktbenachteiligte Jugendliche.

Mit dem Qualifizierungsgeld erleichtern wir es Unternehmen im Strukturwandel, ihre Mitarbeitenden zielgerichtet weiterzubilden und sie als Fachkräfte zu halten. Und wir vereinfachen die Förderung der Weiterbildung von Be-

schäftigten, unter anderem durch feste Fördersätze und die grundsätzliche Öffnung für alle Betriebe. Mit einem zweiten Weiterbildungsgesetz werden wir alsbald weitere Maßnahmen zur Stärkung der Weiterbildung ergreifen.



KURZ NOTIERT

1 Whistleblower*innen besser schützen

Wir berieten in dieser Woche abschließend in 2./3. Lesung zwei unserer Koalitions-Gesetzesentwürfe für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen. Wir wollen Hinweisgebende (Whistleblower*innen) im beruflichen Umfeld künftig umfassender schützen, da sie einen wichtigen Beitrag zur Aufdeckung und Ahndung von Missständen leisten. Vorgesehen ist, berufliche Repressalien, wie Kündigungen, aufgrund von Missstandshinweisen zu verbieten. Für die Meldung von Verstößen im Unternehmen oder in einer Behörde werden interne und externe Meldestellen eingerichtet, die auch anonyme Meldungen entgegennehmen können.

Mit den zwei Gesetzesentwürfen nehmen wir nun einen neuen Anlauf, da das im Dezember 2022 vom Bundestag verabschiedete Hinweisgeberschutzgesetz nicht die Zustimmung des Bundesrats fand. Der Großteil der Regelungen, die der Umsetzung der Hinweisgeberschutz-Richtlinie der Europäischen Union dienen, ist nun in einem nicht zustimmungs-

pflichtigen Gesetzentwurf zu finden. Der Entwurf „zur Ergänzung der Regelungen zum Hinweisgeberschutzgesetz“ legt darüber hinaus fest, dass die Regelungen auch für Beamt*innen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbänden gelten sollen, was die Zustimmung des Bundesrates erforderlich macht.

2 Der Marshall-Plan als Vorbild für heute

Vor 75 Jahren – am 3. April 1948 – hat der US-Kongress den nach dem damaligen amerikanischen Außenminister benannten Marshall-Plan verabschiedet. Die damit verbundenen Finanzhilfen förderten den Wiederaufbau Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – Deutschland und andere europäische Staaten profitieren bis heute von ihnen.

Zugleich legte der Plan den Grundstein für die europäische Integration und die transatlantische Zusammenarbeit, die mit Blick auf Russlands Krieg gegen die Ukraine und den wachsenden Einfluss Chinas nichts an Bedeutung verloren haben.

Im Gegenteil: Mit unserem Koalitionsantrag, den wir in dieser Woche im Plenum des Bundestages berieten, würdigen wir den Marshall-Plan als Fundament der bis heute andauernden engen transatlantischen Partnerschaft. Zugleich gilt es, das internationale Völkerrecht und multilaterale Institutionen zu schützen und die Ukraine weiter zu unterstützen. Gefordert wird auch ein ähnliches Wiederaufbauprogramm für die Ukraine.

Politiktalk auf Servus TV

„Krach ums Klima – Zu viel, zu schnell, zu teuer?“

Am Mittwoch war ich im Gespräch bei „Klartext“ auf Servus TV zum Thema Energiewende in Deutschland.

Online ansehen >> in der ServusTV-Mediathek:
www.servustv.com > aktuelles > klartext





Presse – HNA | 31. März 2023

„Es wurde viel mit Ängsten gespielt“

INTERVIEW Bundestagsabgeordneter Gremmels über die Energiewende

VON BASTIAN LUDWIG

Kassel – Die geplanten Änderungen am Gebäude-Energiegesetz – allen voran das ursprünglich geplante Verbot für neue Öl- und Gasheizungen ab 2024 – standen zuletzt in der Kritik. Beim Koalitionsausschuss dieser Woche wurden Kompromisse gefunden. Über die Kompromisse und die notwendigen Schritte für eine Energiewende sprachen wir mit dem Kasseler Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels (SPD). Gremmels ist energiepolitischer Koordinator seiner Fraktion.

Herr Gremmels, wie bewerten Sie den Kompromiss der Ampel, der im Koalitionsausschuss gefunden wurde?

Wichtig ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie das Heizungshandwerk zeitnah Klarheit bekommen. Dafür legen die Beschlüsse des Koalitionsausschusses eine gute Grundlage. Noch im April soll ein überarbeiteter Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes vom Bundeskabinett beschlossen werden. Daran schließen sich die Beratungen im Bundestag an. Als selbstbewusste Abgeordnete behalten wir uns vor, weitere Änderungen im Interesse der Eigentümer und Mieter vorzunehmen, ohne das Ziel aufzugeben, bis 2045 im Gebäudebereich klimaneutral zu werden. Wir wollen das Gesetz vor der Sommerpause im Bundestag verabschieden.

Zwischenzeitlich war geplant, keine neuen Öl- und Gasheizungen ab 2024 mehr zuzulassen.

In der politischen und medialen Debatte wurde in den vergangenen Wochen viel mit den Ängsten der Leute gespielt. Dies lag auch daran, dass vom federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schlecht kommuniziert wurde. Niemand hatte vor, funktionierende Heizungen aus den Häusern zu reißen.

Waren die Ängste der Menschen denn unbegründet?

Wir müssen die Sorgen der Menschen ernstnehmen. Ich hatte neulich eine Begegnung mit einem 83-jährigen Rentner im Supermarkt. Er sprach mich an. Er sagte mir, er könne sich bei einem Ausfall seiner Ölheizung keine teurere Alternative leisten und bekomme in seinem Alter auch keinen Kredit mehr. Deshalb war ich schon vor dem gefundenen Kompromiss dafür, für solche Gruppen Lösungen zu finden, um niemanden zu überfordern. Dies gilt auch für die Mieter, damit diese die Kosten der Modernisierung nicht alleine tragen müssen. Niemand darf aufgrund von schärferen Anforderungen sein Haus oder seine Wohnung verlieren.

Aber was ist mit dem Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen?

Die SPD steht zum Erreichen des Zieles bis 2045. Aber wir müssen den Weg dahin mit den Menschen gehen. Akzeptanz, Vertrauen und Verlässlichkeit sind sehr wichtig, damit die Energiewende auch im Gebäude ein Erfolg wird.



ZUR PERSON

Timon Gremmels (47) ist energiepolitischer Koordinator der SPD-Fraktion im Bundestag und er ist Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Er sitzt seit 2017 für den Wahlkreis Kassel im Bundestag. 2021 gelang ihm der Wiedereinzug in den Bundestag. Der gebürtige Marburger hat Politikwissenschaften studiert. Bereits 1992 ist er in die SPD eingetreten. Gremmels ist verheiratet und wohnt in Niestetal und Berlin. bbl

FOTO: BASTIAN LUDWIG

Haben Sie die Aufregung um das von Wirtschaftsminister Habeck ins Spiel gebrachte Verbot für neue Öl- und Gasheizungen ab 2024 verstanden?

Das viel diskutierte Vorhaben, das ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll, ist keine neue Idee.

Sie war bereits im Koalitionsvertrag für das Jahr 2025 hinterlegt, also auch von der FDP so gewollt. Durch den Ukraine-Krieg wurde der Plan vorgezogen, um schneller unabhängig von fossilen Energien zu werden. Auch unter dem Aspekt der Energiekosten ist dieser Weg zumindest mittel- bis langfristig sinnvoll. Ein Problem sind aber die einmaligen hohen Investitionen, die für Alternativen zur Öl- und Gasheizung wie etwa Wärmepumpen und Hybridheizungen notwendig sind. Dafür brauchen wir gut ausgestattete verlässliche Förderprogramme, klare gesetzliche Vorgaben und großzügige Übergangs- und Ausnahmeregelungen sowie einen sozialen Ausgleich.

ligen hohen Investitionen, die für Alternativen zur Öl- und Gasheizung wie etwa Wärmepumpen und Hybridheizungen notwendig sind. Dafür brauchen wir gut ausgestattete verlässliche Förderprogramme, klare gesetzliche Vorgaben und großzügige Übergangs- und Ausnahmeregelungen sowie einen sozialen Ausgleich.

Nun sollen ab 2024 zumindest neue fossile Heizungen nur noch in Ausnahmefällen – etwa wenn keine Alternativen in einer Immobilie möglich sind – installiert werden dürfen.

Das ist richtig. Der Betrieb von bestehenden Anlagen wird aber nicht beschränkt. Wenn die fossile Heizung kaputt geht, darf selbstverständlich auch repariert werden. Aber auch wer eine funktionierende Gas- oder Ölheizung hat, kann diese nachrüsten und so Energie und damit Kosten sparen. So können beispielsweise energiesparende Pumpen eingebaut werden. Das kann sich mitunter sehr schnell rechnen.

Für den Austausch der alten Heiztechnik braucht es nicht nur gut ausgestattete Förderprogramme, sondern auch Handwerker, die die Technik installieren.

In der Tat gibt es derzeit weder genug Wärmepumpen auf dem Markt noch ausreichende Fachleute, die diese kurzfristig installieren könnten. Wir müssen in die Ausbildung und die Anwerbung aus dem Ausland investieren. Es muss darüber hinaus das

Ziel sein, möglichst viele Wärmepumpen in Deutschland zu produzieren. Der nordhessische Hersteller Viessmann weitet seine Produktion gerade deutlich aus. Es wäre falsch, diese Technik vor allem aus Asien zu beziehen, da es gute Alternativen „Made in Germany“ gibt. Zudem sind Wärmepumpen nicht für jedes Gebäude sinnvoll. Es muss individuell geschaut werden, welche Energieversorgung geeignet ist. Der nun gewählte technologieoffene Ansatz ist richtig, da Nah- und Fernwärme, Solarthermie, Biomasse und perspektivisch auch Wasserstoff die Wärmeversorgung sicherstellen können. Bereits jetzt gibt es Hybridformen aus Gasheizung und Wärmepumpen. Dafür braucht es mehr unabhängige Beraterinnen und Berater, die den Verbrauchern nicht bloß ihr Produkt verkaufen wollen.

Das viel diskutierte Vorhaben, das ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden soll, ist keine neue Idee.

Sie war bereits im Koalitionsvertrag für das Jahr 2025 hinterlegt, also auch von der FDP so gewollt. Durch den Ukraine-Krieg wurde der Plan vorgezogen, um schneller unabhängig von fossilen Energien zu werden. Auch unter dem Aspekt der Energiekosten ist dieser Weg zumindest mittel- bis langfristig sinnvoll.

Ein Problem sind aber die einmaligen hohen Investitionen, die für Alternativen zur Öl- und Gasheizung wie etwa Wärmepumpen und Hybridheizungen notwendig sind. Dafür brauchen wir gut ausgestattete verlässliche Förderprogramme, klare gesetzliche Vorgaben und großzügige Übergangs- und Ausnahmeregelungen sowie einen sozialen Ausgleich.

Austausch mit dem Baunataler VW-Betriebsrat

Vor großen Herausforderungen



Die Fahrzeug- und Zulieferindustrie wandelt sich: Der Klimawandel und die Mobilitätswende stellen auch das VW-Werk Kassel in Baunatal vor viele Herausforderungen – z.B. wie gelingt der Wandel zu einem nachhaltigen, innovativen Technologie- und Produktionsstandort?

Um eben diese sowie weitere Aspekte der Transformation der Fahrzeugindustrie ging es beim Austausch mit dem Baunataler VW-Betriebsrat und dessen Vorsitzenden Carsten Büchling. Dabei ist der Betriebsrat für uns als Politiker*innen der erste Ansprechpartner.

Uns ist es wichtig, bei der Transformation alle Beschäftigten und den Arbeitsplatzertzuhalten in der Region zu unterstützen. Dabei ist der Betriebsrat für uns als Politik der erste Ansprechpartner. Uns ist es wichtig, bei der Transformation alle Beschäftigten und den Arbeitsplatzertzuhalten in der Region zu unterstützen.

Neben mir waren auch meinen Kolleg*innen aus dem Bundes- und Landtag mit vor Ort: Esther Dilcher (MdB), Esther Kalveram (MdB), Günter Rudolph (MdB), Florian Schneider (MdB), Oliver Ulloth (MdB) sowie unsere stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Manuela Strube.

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Fotos © Christian Spies

Welt-Down-Syndrom-Tag

Der Welt-Down-Syndrom-Tag will Menschen für das Thema Downsyndrom sensibilisieren und mit Vorurteilen aufräumen! Und für Aufgeschlossenheit und Akzeptanz zu werben. Die farbenfrohen, verschiedenfarbigen Socken sind dabei das Symbol des Welt-Down-Syndrom-Tages. Sie sollen zeigen, dass jeder Mensch einzigartig ist. Sie sind dabei ein Zeichen für Vielfalt, Inklusion und Teilhabe - ein Symbol für ein tolerantes Miteinander.

Parlamentarisches Mittagessen

Diese Woche drehte sich beim Parlamentarischen Mittagessen von Viessmann alles rund um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG-Novelle).



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Danke!

Auf dem Jahresempfang der Gemeinde Kaufungen wurden auch verdiente Kommunalpolitiker*innen geehrt, darunter viele Sozialdemokrat*innen. Herzlichen Dank für Euren jahrzehntelangen Einsatz für das Gemeinwesen!



HIN.GEHÖRT mit Hubertus Heil bei in Kassel

Nach seinem Besuch bei SMA ging es für Hubertus Heil – und auch mich – in die documenta Halle zur Veranstaltung HIN.GEHÖRT. Bei dieser drehte sich alles um die Arbeitswelt von morgen.



Besuch in der Pariser Mühle

Anfang der Woche haben sich die 18 deutschen Biosphärenreservate im Bundestag vorgestellt. Zum Biosphärenreservat Rhön im Dreiländereck Hessen/Thüringen/Bayern habe ich schon seit meiner Zeit im Hessischen Landtag eine ganz besonders enge Beziehung. Hier wird eine großartige Arbeit geleistet. Ein Besuch in der vielfältigen Rhön ist zu jeder Jahreszeit eine Reise wert!



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie

Fotos © Anika Nowak Fotografie



Gesprächsreihe „Sitzungswoche Sprechstunde“

Am Donnerstag hatte ich bei der Gesprächsreihe „Sitzungswoche Sprechstunde“ – ein Podcast, den der berliner wirtschaftsgespräche e. V. zusammen mit dem unabhängigen Netzwerk für Politik Wirtschaft und Medien – die Gelegenheit, mehr meinen persönlichen Werdegang, meine Verankerung im Wahlkreis und meine fachpolitische Agenda zu berichten.



Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Fotos © Maurice Etoile

Die soziale Energie- und Wärmewende

Anfang der Woche hatte die SPD-Landesgruppe Hessen im Bundestag zum Abendessen mit Austausch eingeladen.

Gemeinsam mit Vertreter*innen von Regionalversorgern, Energieunternehmen aus dem Bereich erneuerbare Energien, vom Mieterbund und Handelsverband und der Verbraucherzentrale sowie vom Regionalmanagement Nordhessen diskutierten wir hessischen Bundestagsabgeordneten das Thema Energie.

Dabei ging es u.a. um die aktuelle Lage sowie die Herausforderungen und Chancen der sozialen Energie- und Wärmewende.

Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels